

Medienmitteilung

Änderung des Lehrpersonalgesetzes abgelehnt: Zürcher Stimmbevölkerung setzt Zeichen für eine finanzierbare und wirksame Volksschule

Der Verband der Gemeindepräsidien des Kantons Zürich (GPV) begrüsst die Ablehnung der Änderung des Lehrpersonalgesetzes. Mit ihrem heutigen Entscheid hat die Zürcher Stimmbevölkerung eine Vorlage abgelehnt, die zu hohen und dauerhaften Mehrkosten für die Gemeinden geführt hätte, ohne dass eine entsprechende Verbesserung im Schulalltag ausreichend nachgewiesen ist.

Die Gesetzesänderung hätte jährlich wiederkehrende Mehrkosten von rund 83 Millionen Franken verursacht. 80 Prozent davon wären von den Gemeinden getragen worden. Gleichzeitig wäre offen geblieben, ob die zusätzlichen Ausgaben tatsächlich zu einer spürbaren Entlastung der Lehrpersonen oder einer Verbesserung der Unterrichtsqualität geführt hätten.

Jetzt braucht es wirksame Lösungen für die Volksschule

Monika Keller, Präsidentin des GPV, sagt: «Das heutige Nein ist kein Nein zu den Lehrpersonen und kein Nein zu einer starken Volksschule. Es ist ein Nein zu einer Vorlage, die den Gemeinden hohe zusätzliche Kosten auferlegt hätte, ohne die zentralen Herausforderungen im Schulalltag wirksam zu lösen. Jetzt braucht es Lösungen, die dort ansetzen, wo Lehrpersonen und Schulen tatsächlich entlastet werden.»

Der GPV sieht den Entscheid deshalb auch als Auftrag, die bestehenden Herausforderungen gezielt anzugehen. Mittel sollen dort eingesetzt werden, wo sie einen konkreten und nachweisbaren Nutzen bringen. Dazu gehören insbesondere praxistaugliche Lösungen und die Entlastung von unnötiger Bürokratie und administrativen Aufgaben.

Keller betont: «Die Gemeinden stehen klar hinter einer starken Volksschule und guten Rahmenbedingungen für Lehrpersonen. Wir sind bereit, gemeinsam mit dem Kanton an Lösungen zu arbeiten, sofern sie wirksam und für die Gemeinden kostenneutral sind.»

Medienkontakt

Stefan Schmid, Vizepräsident GPV, stefan.schmid@niederglatt-zh.ch, Telefon 079 541 53 76

28. September 2026